

**SCHWEIZER
PERSONAL
VORSORGE**

Zeitschrift für
alle Fragen
der beruflichen
Vorsorge und
der Sozialversicherung

**PREVOYANCE
PROFESSIONNELLE
SUISSE**

La revue pour
tout ce qui touche
au domaine de la
prévoyance
professionnelle
des assurances sociales

Sonderdruck 2/09

Sanierungsmassnahmen bei Unterdeckung
Risiken für Aktive,
Rentner und Unternehmen

Les mesures d'assainissement
en cas de découvert
Risques pour les actifs,
les rentiers et les entreprises

Ruben Lombardi, Andreas Furrer
LCP Libera AG



Sanierungsmassnahmen bei Unterdeckung

Risiken für Aktive, Rentner und Unternehmen

Für viele Pensionskassen steht das Jahr 2009 im Zeichen von Sanierungsmassnahmen. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation rücken neben Sanierungsbeiträgen auch Leistungsreduktionen ins Blickfeld.

Eine Unterdeckung besteht nach Art. 44 BVV 2, wenn das versicherungstechnisch notwendige Vorsorgekapital per Stichtag nicht durch das verfügbare Vorsorgevermögen gedeckt ist. Zur Sanierung einer Pensionskasse können grundsätzlich Leistungen reduziert, Beiträge erhöht, Sanierungsbeiträge erhoben und Optimierungspotenzial innerhalb der Pensionskasse unter dem Gesichtspunkt «Sanierung» ausgeschöpft werden. Dies sollte immer im Rahmen eines Gesamtkonzepts, welches die spezifische Situation der Pensionskasse berücksichtigt, erfolgen, damit die Massnahmenkombination zu einer nachhaltigen Verbesserung der finanziellen Lage führt. Dabei sind die gesetzlichen Vorgaben gemäss Art. 65d BVG zu berücksichtigen.

Mögliche Sanierungsmassnahmen

Im Folgenden führen wir die wichtigsten Massnahmen in der Reihenfolge der Häufigkeit ihrer Anwendung auf:

1. Korrekte Finanzierung der versprochenen Leistungen

Es ist sicherzustellen, dass alle versprochenen Leistungen versicherungstechnisch korrekt ausfinanziert sind. Insbesondere sind ungenügende Risikobeiträge, Gratisleistungen (zum Beispiel vergünstigte vorzeitige Pensionierung) und andere nicht gedeckte versicherungstechnische Kosten zu vermeiden. Unentbehrliche Grundlage der Finanzierung bleibt eine Anlagestrategie, mit welcher die benötigte Zielrendite erreicht werden kann.

2. Optimierung innerhalb der Pensionskasse

Die Rückstellungen und Reserven, welche nicht direkt Vorsorgekapital der Aktiven und Rentner darstellen, können auf ihr Optimierungspotenzial hin untersucht werden. Dies erfolgt aus dem Blickwinkel der Sanierung, sodass der kurz- und mittelfristigen finanziellen Stabilität mehr Bedeutung beigemessen wird als der langfristigen Sicherung der Vorsorge. Daraus folgt, dass eine Verlagerung von Kosten in die Zukunft verlockend erscheint, was sich jedoch längerfristig als Bumerang erweist. Eine solche Verlagerung ist deshalb nur sehr eingeschränkt und auf einer fundierten Grundlage vertretbar, welche nicht einfach eine Problemlösung in die Zukunft verschiebt.

Zum Beispiel könnten die Risikobeiträge so weit erhöht werden, dass die grösstmöglichen Belastungen aus Invaliditäts- und Todesfällen damit voll ausfinanziert sind. So lässt sich die Risikoschwankungsreserve erheblich reduzieren. Ebenso können allfällige Pensionierungs-

verluste in umhüllenden Vorsorgeplänen durch Reduktion des Umwandlungssatzes beziehungsweise Einschränkung des Rentenbezugs verkleinert werden, sodass auch eine entsprechende Rückstellung zur Finanzierung dieser Verluste reduziert werden kann. Zusätzlich ist auch ein Verwendungsverzicht des Arbeitgebers für die Arbeitgeberbeitragsreserve eine Möglichkeit, die Vorsorge abzusichern.

In Kürze

- > Konsequent handeln mit Blick fürs Ganze, keine isolierten Einzelmassnahmen
- > Langfristigkeit der Vorsorge beachten statt überreagieren
- > Ausgewogene Verteilung der finanziellen Belastung aus einer Börsenkrise

3. Zinsreduktion im Beitragsprimat

Eine wichtige Massnahme ist, die Verzinsung der Altersguthaben so weit als möglich zu senken, was je nach Art der Pensionskasse unterschiedlich anzugehen ist:

Autoren

Ruben Lombardi
Dr. phil. II, eidg.
dipl. Pensions-
versicherungsexperte,
LCP Libera AG



Andreas Furrer
Dr. rer. pol.,
eidg. dipl.
Pensionsversicherungsexperte,
LCP Libera AG

- In BVG-Minimalkassen kann der BVG-Mindestzinssatz nur bei Unterdeckung und temporär um 0.5 Prozentpunkte unterschritten werden, wobei gemäss Art. 65d BVG zuerst Sanierungsbeiträge vorzusehen sind.
- Bei umhüllenden Kassen legt der Stiftungsrat den Zinssatz in Abhängigkeit von der erzielten Performance und der finanziellen Lage fest. Die Verzinsung kann dabei unter dem BVG-Mindestzinssatz liegen und bei ungenügendem Deckungsgrad (je nach Struktur auch bei etwas über 100 Prozent) bis zur Nullverzinsung im Anrechnungsprinzip¹ gesenkt werden.
- In überobligatorischen Kassen besteht die grösstmögliche Freiheit bezüglich der Verzinsung. Diese reicht bis zur Nullverzinsung, sofern die Performance und/oder der Deckungsgrad dies rechtfertigen.

Es ist sinnvoll, eine Abstufung der Verzinsung nach Deckungsgrad und/oder Performance vorzunehmen, wobei natürlich die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten sind. Eine Minder- oder Nullverzinsung kann durch eine spätere Mehrverzinsung wieder ausgeglichen werden. So lässt sich eine Gleichbehandlung von Aktiven und Rentnern (fixe «Verzinsung» mit dem technischen Zinssatz) erreichen.

4. Sanierungsbeiträge

Sofern andere Massnahmen nicht zum Ziel führen, kann während der Unterdeckung ein Sanierungsbeitrag erhoben werden. Gemäss Gesetz ist der Arbeitgeber verpflichtet, einen mindestens gleich hohen Beitrag wie die Summe der Beiträge der Arbeitnehmer zu leisten (Art. 65d BVG). In der Regel hat der Arbeitgeber bereits durch reglementarische Bestimmungen grundsätzlich Sanierungsbeiträgen zugestimmt, wobei umstritten ist, ob er der konkreten Höhe auch noch zustimmen

muss. Ein Sanierungsbeitrag dient der Behebung einer Unterdeckung und ist wieder aufzuheben, wenn die volle Deckung erreicht ist. Er führt nicht zu zusätzlichen Freizügigkeitsansprüchen.

5. Leistungsreduktion im Leistungsprimat

Im Leistungsprimat besteht die Möglichkeit, den erworbenen Anspruch zu fixieren und den Zuwachs dieses Anspruchs in Zukunft zu reduzieren. Im Leistungsprimat wirkt auch eine Erhöhung des Rücktrittsalters relativ stark entlastend. Denkbar ist auch, die Lohnerhöhungen nicht mehr voll zu versichern.

6. Weitere Arten der Leistungsreduktion

Allgemein können bei Massnahmen zur Leistungsreduktion Beiträge, welche bisher Vorsorgeleistungen finanziert beziehungsweise erworbene Ansprüche erhöht haben, mittels Leistungsabbau teilweise dazu verwendet werden, einen Fehlbetrag zu finanzieren. Im umhüllenden oder überobligatorischen Beitragsprimat sieht ein typisches Vorgehen wie folgt aus: Bei unverändertem Beitragsniveau werden durch eine Senkung der Sparbeiträge die Altersgutschriften reduziert und so ein Sanierungsbeitrag eingeführt. Zudem könnten Zusatzleistungen der Pensionskasse reduziert oder ganz abgebaut werden.

Interessenausgleich

Bei der Festlegung von Sanierungsmassnahmen ist es wichtig, einen ausgewogenen Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Rentnern zu erzielen, um die Belastung angemessen zu verteilen. Dazu gehört auch eine offene und frühzeitige Information über die finanzielle Situation, die grundsätzlich möglichen Schwankungen im Deckungsgrad, die vorgesehenen Massnahmen und die langfristige Optik aus heutiger Sicht. Natürlich wünschen sich die Mitarbeitenden und das Unternehmen konstante und günstige Beiträge, hohe Vorsorgeleistungen, die beste Performance mit jährlich guten Zinsgutschriften und eine hohe Sicherheit der Vorsorge im Sinne einer Kapital- und Rentengarantie. Dies sind jedoch eher quantitative Ziele, welche in einer Sanierungsphase teilweise auf der Strecke bleiben.

Teilliquidation

Bei einer Teilliquidation kann bei Austritt der Fehlbetrag von der Austrittsleistung abgezogen werden. Grundsätzlich ist bei sich abzeichnendem Stellenabbau so frühzeitig wie möglich eine Teilliquidation festzustellen, damit nicht zu lange 100 Prozent der Austrittsleistung mitgegeben werden und sich dadurch für die Verbleibenden die Lücke vergrössert. Andererseits bedeutet der Schritt in eine Teilliquidation bei Unterdeckung auch, dass Neueintretende ihr Geld nicht mehr gerne einbringen, weil sie wissen, dass bei einem Austritt ein Teil ihres eingebrachten Geldes verloren sein kann. Eine absehbare Teilliquidation lässt allfällig nötige Sanierungsmassnahmen dringlich werden.

Stellung der Rentner

Die laufenden Renten sind anerkanntermassen schwer bis gar nicht reduzierbar und werden als sichere, konstante Verpflichtung einer Pensionskasse angesehen. Politisch ist auch nicht absehbar, dass eine Aufweichung der gesetzlich relativ stark verankerten Rentensicherheit angestrebt wird, weil dadurch die Glaubwürdigkeit der Pensionskassen und damit der ganzen 2. Säule als stabilstes Element der Vorsorge erheblich Schaden nehmen würde. Deshalb wird auch vermehrt verlangt, dass die Rentenverpflichtungen mit einem tiefen, für relativ sichere Anlagen geltenden Zins zu bewerten sind.

Fazit

In der aktuellen Situation der Finanzmärkte müssen die Stiftungsräte ihre Verantwortung aktiv wahrnehmen. Dazu gehören eine sorgfältige Analyse und Beurteilung der Situation ihrer Pensionskasse und je nach Resultat geeignete Massnahmen. Ein Gesamtkonzept mit ausgewogenen Massnahmen unter Berücksichtigung der Eigenheiten der Pensionskasse sowie der Langfristigkeit der Vorsorge führt zum Ziel. Je weniger kurzfristige Überreaktionen erfolgen und je transparenter die Zusammenhänge aufgezeigt werden, desto rascher können Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine Lösung zur Rückgewinnung und Sicherung des finanziellen Gleichgewichts gemeinsam erreichen. ■

¹ Gemäss dem sogenannten Anrechnungsprinzip ist es zulässig, die gesamten Altersguthaben tiefer als mit dem BVG-Mindestzinssatz zu verzinsen. Dabei gilt es jedoch, die BVG-Mindestvorsorge sowie die Mindestbestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes (FZG) einzuhalten. Faktisch findet eine negative Verzinsung des überobligatorischen Teils statt.

Les mesures d'assainissement en cas de découvert

Risques pour les actifs, les rentiers et les entreprises

Les mesures d'assainissement seront le leitmotiv de nombreuses caisses de pensions en 2009. Et vu le contexte économique difficile, des diminutions de prestations pourraient être envisagées en plus des contributions d'assainissement.

Voici, dans l'ordre de leur fréquence, les principales mesures généralement appliquées:

1. Financement correct des prestations promises

Entendez par là le financement actuariel intégral des prestations promises. Il s'agit en particulier d'éviter les lacunes dans le financement des cotisations de risque, les prestations gratuites (par exemple un départ anticipé à la retraite à des conditions préférentielles) et tous autres coûts actuariels non couverts.

2. Optimisation au sein de la caisse de pensions

Toutes provisions et réserves qui ne représentent pas directement une partie du capital de prévoyance des actifs et des rentiers pourront être analysées quant à leur potentiel d'optimisation. Ce dans l'optique d'un assainissement dans le sens où la priorité sera donnée à la stabilité financière à court et moyen terme et non à la garantie de la prévoyance sur le long terme.

On pourrait par exemple augmenter les contributions de risque afin de capitaliser intégralement les charges maximales susceptibles de résulter de cas d'invalidité et de décès, ce qui permettrait de réduire considérablement la réserve de fluctuations des risques. De même, les pertes potentielles imputables aux départs à la retraite dans les plans de prévoyance enveloppants pourront être réduites si on

baisse le taux de conversion ou que l'on restreint les conditions de versement de rentes, de sorte qu'il faudra aussi une provision moins importante pour le financement de telles pertes.

En bref

- > Agir systématiquement dans un contexte global, pas de mesures isolées
- > Se rappeler l'horizon de temps long de la prévoyance au lieu de s'affoler
- > Répartir de manière équitable la charge financière résultant d'une crise boursière

3. Diminution des taux dans la primauté des cotisations

Une mesure majeure consiste à diminuer autant que possible la rémunération des avoires de vieillesse, la manière de s'y prendre variant selon le type de caisse de pensions:

- Dans les caisses LPP minimales, la rémunération pourra seulement être inférieure de 0.5% au taux minimal LPP en cas de découvert et l'art. 65d LPP précise bien que cette diminution sera temporaire et ne pourra intervenir que si les autres mesures prévues pour résorber le découvert se révèlent insuffisantes. Dans les caisses enveloppantes, le

conseil de fondation définit le taux d'intérêt en fonction de la performance dégagée et de la situation financière. Le taux appliqué peut être inférieur au taux minimal LPP et en cas de découvert (dans certains cas même quand la couverture est encore légèrement supérieure à 100%), il est possible de descendre jusqu'à un taux nul selon le principe d'imputation.¹

C'est dans les caisses subobligatoires que règne la plus grande liberté en termes de rémunération. Un taux nul y est tout à fait admissible dans la mesure où la performance et/ou le degré de couverture le justifient.

Un échelonnement de la rémunération en fonction du degré de couverture et/ou de la performance paraît tout à fait sensé, à condition naturellement de respecter les prescriptions légales. Une rémunération inférieure au minimum LPP ou un taux nul pourront être compensés par une rémunération plus généreuse lorsque les temps redeviendront meilleurs.

4. Cotisations de résorption du découvert

Si les autres mesures ne donnent pas le résultat escompté, une cotisation de résorption du découvert peut être prélevée tant que la situation de découvert persiste. En vertu de la loi, la cotisation de l'employeur doit être au moins aussi élevée que la somme des contributions des salariés (art. 65d LPP). Normalement, l'employeur aura déjà approuvé le principe

¹ Le dénommé principe d'imputation permet la rémunération de toute l'épargne de vieillesse à un taux inférieur au taux minimal LPP à condition que la prévoyance minimale LPP soit garantie et les dispositions minimales de la loi sur le libre passage (LFLP) respectées. Il en résulte de fait une rémunération négative de la partie subobligatoire.

des contributions d'assainissement dans les dispositions réglementaires, mais les esprits se divisent sur la question de savoir s'il doit encore avaliser le montant exact de ces cotisations.

5. Diminution des prestations dans la primauté des prestations

Dans la primauté des prestations, il est possible de geler les créances déjà acquises à un niveau donné et de réduire le rythme de progression pour les créances encore en formation. Un relèvement de l'âge de retraite aura aussi un effet allégeant considérable dans la primauté des prestations. Enfin, il est envisageable de ne plus entièrement couvrir les augmentations de salaire.

6. Autres types de réduction des prestations

De manière très générale, lorsqu'une baisse des prestations est visée, on peut réaffecter une partie des cotisations jusqu'ici consacrées au financement des prestations de prévoyance ou à l'augmentation des créances acquises et, à travers cette diminution des prestations, les libérer pour financer un découvert.

L'équivalence des intérêts

Au moment de définir les mesures de résorption d'un découvert, il est important d'assurer l'équilibre entre les intérêts des employeurs, ceux des salariés et des rentiers, afin de répartir la charge de manière équitable. Et dans la foulée, il faudra aussi penser à pratiquer à temps une information ouverte sur la situation financière, les fluctuations possibles du degré de couverture, les mesures prévues et les pronostics de long terme dans la situation actuelle.

La liquidation partielle

En cas de liquidation partielle, le découvert peut être déduit de la prestation de sortie des sortants. Si une diminution des effectifs s'esquisse, on fera donc bien de constater une liquidation partielle le plus rapidement possible afin de ne pas devoir verser trop longtemps la prestation de sortie intégrale, ce qui aggraverait toujours plus le découvert pour les assurés restants. Le revers de la médaille d'une liquidation partielle suite à un découvert, c'est que les nouveaux entrants rechigneront aussi à l'idée d'apporter leurs capitaux dans l'institution, sachant qu'ils ris-

quent de perdre une partie de leur apport en cas de sortie. Lorsqu'une liquidation partielle est imminente, il devient urgent de mettre en œuvre des mesures d'assainissement éventuellement nécessaires.

La position des rentiers

Comme chacun sait, il est pratiquement impossible de toucher aux rentes en cours, au point qu'elles comptent comme engagements certains et constants d'une caisse de pensions. Politiquement, on ne voit pas non plus comment on pourrait changer ce statut de vache sacrée des rentes que confirme d'ailleurs la loi, parce que cela remettrait en cause la crédibilité globale des caisses de pensions, et à travers elles de tout le 2e pilier, en tant qu'élément le plus stable de la prévoyance. D'où la multiplication des voix réclamant que les engagements pour les rentes soient évalués à un taux bas tel que pratiqué pour les placements comptant comme relativement sûrs. ■

Ruben Lombardi
Andreas Furrer